

1.4. Integrationspolitik in Neukölln

[Gekürzte und aktualisierte Fassung*]

Bezirksamt Neukölln (Mai 2009)

Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky

Präambel

Integrationspolitik vollzieht sich weder von allein noch ist sie die Angelegenheit Einzelner. Sie ist vielmehr ein hochkomplexer wie hochsensibler Vorgang, der eine offene und aufnahmebereite, aber auch konfliktfähige Gesellschaft erfordert. Die Hinzukommenden hingegen müssen Integrationswilligkeit, Lernfähigkeit und Anpassungsbereitschaft mitbringen. Für die individuell beteiligten Personen können die einzelnen Schritte bis zur erfolgreichen Bewältigung dieses Prozesses, also bis zum Abschluss einer erfolgreichen Integrationskarriere als anstrengend, widersprüchlich und voller Zweifel empfunden, werden einschließlich einer Identitätsreflexion. Die Aufnahmegesellschaft läuft gleichzeitig immer Gefahr, aus Gleichgültigkeit, Ignoranz und Überfremdungsängsten die notwendigen Anstrengungen zu unterschätzen oder auch zu unterlassen, die Migranten zu über- oder unterfordern bis zu falsch verstandener Liberalität, die Integrationsnotwendigkeit in die Beliebigkeit zu stellen.

In Neukölln versuchen wir, diesen Zyklus zu durchbrechen. Nur ein Netzwerk mit umfassenden Kompetenzen, vielfältigen Ansätzen und Möglichkeiten, gebündelten Ressourcen auf und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen ist in der Lage, die multiplen Herausforderungen zu meistern. Öffentliche wie freie Träger, Bezirks-, Landes- und Bundesinstitutionen, Verbände und Vereine, politische Initiativen wie bürgerschaftliches Engagement, deutschstämmige Bürger wie Neuköllner mit Migrationshintergrund arbeiten gemeinsam am Laboratorium Neukölln, einem Schmelztiegel und Dienstleister der Integration für die Gesamtstadt. In Neukölln ist fast die ganze Welt zu Hause. Rund 40 Prozent der über 300.000 Einwohner sind selbst eingewandert oder stammen aus einer Einwandererfamilie. Im Norden des Bezirks wachsen 80 Prozent der

* Die vollständige Fassung des Papiers „Integrationspolitik in Neukölln“ ist abrufbar unter: <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/migrationsbeauftragten/integrationspolitik.html> (Stand: September 2011).

Jugendlichen unter 18 Jahren in Einwandererfamilien auf. Insgesamt wohnen hier Menschen aus über 160 Nationen.

In den sechziger Jahren kamen viele sogenannte Gastarbeiter vor allem aus der ländlichen Türkei und zogen in die Altbauquartiere zwischen der Karl-Marx-Straße und dem S-Bahn-Ring. In den achtziger und neunziger Jahren lösten Familien aus dem arabischen Raum die türkischen Familien in den Altbauvierteln ab, darunter viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, Palästina und Syrien. Auch Menschen, die den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien entflohen waren, kamen hinzu. Die türkischen Familien, die den sozialen Aufstieg geschafft hatten, folgten nunmehr den Deutschen in den ruhigeren, südlichen Teil des Bezirks. Neukölln ist deshalb wie kein anderer Berliner Bezirk geprägt von Zuwanderung, aber auch von sozialen Verwerfungen wie Armut und Arbeitslosigkeit. Bei den Flüchtlingsfamilien kam hinzu, dass ihnen zunächst aufgrund der Asylregelungen verboten war, zu arbeiten. In der Folge fiel es vielen Familien sehr schwer, beruflich Fuß zu fassen. Einige Familien wollten wohl auch nicht und richteten sich im Sozialsystem ein, da sie kein Interesse daran hatten, in der deutschen Gesellschaft aufzusteigen.

Die Folge ist bis heute der Rückzug in die eigene ethnische Gemeinschaft. Viele der ungelerten Arbeiter, die in den sechziger Jahren gekommen waren, haben in den neunziger Jahren ihre Arbeitsplätze verloren, da in Neukölln zahlreiche Unternehmen schließen mussten. Diese Entwicklungen sowie die Struktur und soziale Spreizung (auch der einheimischen Bevölkerung), führten dazu, dass heute im Gesamtbezirk fast jeder Dritte seinen Lebensunterhalt mit Sozialleistungen bestreitet, in Nord-Neukölln sind es über die Hälfte der Bewohner.

Unsere Integrationsleistung folgt einer Vision: Neukölln ist eine solidarische, offene und liberale Stadtgesellschaft, für die alle Bürger Verantwortung tragen. Die Verständigung zwischen den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und der gegenseitige Respekt ist die Grundlage von Integration. Klare Regeln führen dazu, dass keine Gruppe über eine andere dominiert und sich alle ohne Angst begegnen. Die Teilhabe aller Neuköllner an den gesellschaftlichen Kernbereichen ist gewährleistet. Zu den Kernbereichen zählen wir Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum, Gesundheitsversorgung sowie das kulturelle Leben und die politische Partizipation. Alle Menschen

haben eine faire Chance, ein eigenes, selbst bestimmtes Leben in unserem Bezirk zu führen. Sie nehmen ihre demokratischen Rechte wahr, erfüllen ihre Pflichten und bringen sich tolerant und demokratisch in unsere Gemeinschaft ein. Die Wohnquartiere sind sozial und kulturell durchmischt und haben eine hohe Aufenthaltsqualität. Bildungsbewusste Familien wohnen gerne hier. Es gibt viele Orte der Begegnung und des Austauschs. So sehen wir das Neukölln der Zukunft. Die Vision umschreibt unser Verständnis von Integration.

Wie definieren wir Integration?

Unter Integration verstehen wir die Eingliederung und Einbindung aller Einwanderer in die gesellschaftlichen Kernbereiche der Aufnahmegesellschaft, aber auch die Einbindung in das kulturelle Leben und die politische Partizipation. Integration passiert nicht von alleine, sondern ist ein dynamischer Prozess, der gesteuert, finanziert und durchgesetzt werden muss. Erfolge sind nicht schnelllebig von heute auf morgen zu erzielen. Damit Integration gelingt, müssen alle Bürger verstehen, was von ihnen erwartet wird, welche demokratischen Rechte und Pflichten sie haben. Deshalb muss Integration eine klare Sprache sprechen. Integration spielt sich im Alltag ab und nicht in akademischen Seminaren. Alle tragen Verantwortung dafür, dass Integration gelingt: die Zuwanderer genauso wie die Einheimischen, Politiker genauso wie Mitarbeiter von Behörden, Schulen und Verbänden. Bei der Integration richten wir unser besonderes Augenmerk auf die Kinder. Denn sie sind die Zukunft unseres Bezirks und zugleich die Schwächsten der Gesellschaft.

Den Prozess der Eingliederung und Einbindung der Einwanderer steuern wir mit gezielten Strategien. Diese Strategien machen unsere Integrationspolitik aus. Dabei gelten folgende Grundsätze.

1. Alle Menschen in Neukölln leben nach den Werten und Regeln der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Es gilt der Grundsatz der sozialräumlichen Mischung

Das Grundgesetz und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gelten für alle in Neukölln lebenden Menschen. Alle akzeptieren die darin enthaltenen Werte und Regeln einer

freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft und leben danach. Das bedeutet nicht, dass muslimische Frauen das Kopftuch ablegen und alle Christen werden müssen. Das bedeutet auch nicht, dass alle einer abstrakten deutschen Leitkultur zu folgen haben. Das bedeutet aber sehr wohl, dass sich keine Gruppe außerhalb dieser Grundordnung stellen und in einer Parallelgesellschaft nach eigenen Normen und Traditionen leben darf.

Die freiheitliche, demokratische Grundordnung basiert auf Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Grundsatz bezieht sich auf die Würde jedes Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft, Weltanschauung, Alter, Geschlecht, Krankheit oder sexueller Orientierung. Das heißt, auch die Würde derer ist unantastbar, die in den Augen anderer als „Ungläubige“ gelten, erklärte Atheisten oder homosexuell sind. Das bedeutet auch, dass Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind. Auch Mädchen dürfen frei entscheiden, ob und welchen Beruf sie ergreifen, ob und welchen Mann sie heiraten. Zwangsehen verstößen gegen unsere freiheitliche Grundordnung. Unsere Verfassung postuliert den Grundsatz der Religionsfreiheit. Deshalb hat jeder das Recht, seinen Glauben zu praktizieren. Daraus folgt aber auch die Pflicht, andere Glaubensgemeinschaften zu respektieren und diejenigen zu achten, die frei von Religion leben wollen. Jede Gemeinschaft darf eigene Gotteshäuser bauen. Auch das beinhaltet der Grundsatz der Religionsfreiheit. Die Moscheen, Kirchen und Tempel baut nicht der Staat, sondern die jeweilige Glaubensgemeinschaft. Dabei richtet sie sich nach den geltenden Bauvorschriften und Gesetzen.

Für uns gilt der Grundsatz der sozialräumlichen Mischung. Nach den Erkenntnissen zweier wissenschaftlicher Studien wächst im Norden Neuköllns die Gefahr der sozialen Ausgrenzung ganzer Stadtlagen rasant. Hier konzentrieren sich über 160 Nationen mit überwiegenden Gruppen von Einwanderern aus der Türkei und arabischen Minderheiten. Mehr als jeder Zweite stammt hier aus einer Einwandererfamilie, jeder Zweite lebt von Arbeitslosengeld oder Transferleistungen.

2. Wir nehmen Zuwanderer als gleichberechtigte und gleichverantwortliche Partner ernst

Ziel von Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Neuköllner am zivilgesellschaftlichen Leben. Dies setzt voraus,

dass wir alle im Bezirk lebenden Menschen in ihren Fähigkeiten aktivieren und sie als gleichberechtigte, verantwortungsbewusste Partner ernst nehmen. Deshalb sprechen wir nicht über Einwanderer, sondern mit ihnen.

Auch die Verwaltung muss den Bevölkerungswandel mitvollziehen. Deshalb setzen wir uns für die interkulturelle Öffnung des Bezirksamtes ein, indem wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden. Zur Zeit stammen 30 Prozent der Auszubildenden aus Einwandererfamilien. Im Bereich der Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten sind es 45 Prozent. Mit einer speziellen Schulung in Kooperation mit der Arbeitsagentur und dem Qualifizierungsträger TIO werden die jungen Zuwanderer auf ihre Aufnahmeprüfung vorbereitet.

Das Bezirksamt Neukölln bildet von allen öffentlichen Ausbildungsbetrieben, abgesehen von der Polizei mit einem zehnfach größeren Personalkörper, die meisten jungen Migranten aus.

Da Integration auch viel mit Emotionen zu tun hat, fördern wir eine Willkommenskultur, indem wir zum Beispiel Einbürgerungen nicht als bürokratischen Akt vollziehen, sondern als ein bedeutsames Ereignis für die Familie würdigen. Deshalb werden bei uns die Einbürgerungsurkunden nicht zugeschickt oder in Büros ausgehändigt, sondern zweimal monatlich in einer feierlichen Zeremonie überreicht.

3. Jeder erhält die Chance auf einen eigenen Lebensentwurf und ein selbstbestimmtes Leben

Wenn wir wollen, dass alle Menschen erkennen, dass unsere Gesellschaft jedem die Möglichkeit eröffnet, seine Wünsche und Träume zu verwirklichen, dann erfordert dies aber auch, dass alle die gleiche Chance auf einen eigenen Lebensentwurf haben. Der Grundstein hierfür wird bereits in der ersten Lebensphase gelegt. Es ist uns wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche Anreize zu schaffen, die eigene Lebensführung in die Hand zu nehmen, anstatt in einer Opferrolle zu verharren und sich in einer Versorgungshaltung einzurichten.

Neben den Kindertagesstätten, den Schulen mit ihren Schulstationen, der Volkshochschule, der Musikschule und den Bibliotheken engagieren sich über 30 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Streetworker im Bezirk.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Mädchen. In vielen Familien ist der Schlüsselbegriff für die männliche Identität nach wie vor die Virilität, also Kampfesmut, Zeugungskraft und Mannbarkeit, und die der weiblichen Identität die Virginität, also Keuschheit, Reinheit und Gehorsam. Für die Mädchen ist die Folge daraus die Nachrangigkeit von Bildung, Schulbesuch und Lernen. Die Anforderungen der Hausarbeit und Versorgung von übrigen Familienmitgliedern hat eine höhere Priorität. Hieraus folgt häufig die frühe Herausnahme aus der Schule oder auch die Behinderung beim Erlernen von scheinbar unwichtigen oder unreinen Lehrstoffen wie Biologie, Schwimmen, Sport oder Gesellschaftskunde.

Viele Mädchen wachsen in kinderreichen Familien und beengen Wohnverhältnissen auf. Schwierige Familienverhältnisse wie Alkohol- und Drogenabhängigkeit der Eltern, Traumatisierung durch Krieg und Flucht, vor allem aber häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch, fehlende Selbstbestimmung junger Frauen und Zwangsverheiratung sind keine Seltenheit. Deshalb haben wir fünf spezielle Freizeiteinrichtungen für Mädchen geschaffen. Für die Mädchen und jungen Frauen ist z. B. MaDonna vor allem ein Ort, an dem sie sich frei von den Zwängen zu Hause bewegen und unterhalten können. Die Mädchen mit Migrationshintergrund lernen dort, das Spannungsfeld ihrer Rolle als Mädchen und Frauen zwischen traditioneller islamischer Kultur und demokratischen Werten und Freiheiten zu verstehen und sich ihrer verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung bewusst zu werden.

4. Ein tolerantes Neukölln akzeptiert jeden und hat klare Regeln. Wer gegen diese Regeln verstößt, muss mit Intervention der Gemeinschaft rechnen

Es ist sinnlos, Regeln aufzustellen, wenn keiner darauf achtet, dass sie eingehalten werden. Nur wer Regelverletzungen konsequent begegnet, bleibt glaubhaft. So setzen wir zum Beispiel die Schulpflicht durch. Nur mit einem guten Schulabschluss haben Jugendliche in einer Wissensgesellschaft eine Chance, einen Ausbildungsplatz und damit Arbeit zu finden für einen selbstverdienten Lebensunterhalt. Unsere Erfahrung zeigt, dass bei hartnäckigen Schulschwänzern gutes Zureden alleine nicht zu einer Verhaltensänderung führt. Deshalb verhängen wir

Bußgelder gegen die Eltern von notorischen Schulverweigerern. Führt auch dies nicht dazu, dass der Jugendliche die Schule regelmäßig besucht, scheuen wir uns nicht, Schulschwänzer von der Polizei in die Schule bringen zu lassen. Hartnäckigen Schulverweigerern bieten wir außerdem die Möglichkeit, in einem Internat zu leben. Die Zustimmung der Eltern ist Voraussetzung.

Der Bezirk hat die Aufgabe, alle Bürger zu schützen. Ein besonderes Problem stellen die rund 200 jugendlichen Intensivtäter dar, die zur Zeit in unserem Bezirk leben. Auch sie lassen sich schwer nur durch Zureden oder milde Sanktionen von ihrem kriminellen Weg abbringen. Um ein Unrechtsbewusstsein zu schaffen, darf es aber gerade am Anfang einer kriminellen Karriere keine Toleranz geben. Deshalb befürworten wir ein schnelleres und härteres Eingreifen bei jugendlichen Straftätern. Es waren die für Neukölln zuständigen Jugendrichter, allen voran die leider verstorbene Kirsten Heisig, die als erste eine regionale Zuständigkeit erhielten und die das vereinfachte Jugendstrafverfahren als Neuköllner Modell im standardisierten Routinebetrieb einführten. Durch eine schnelle und effektive Zusammenarbeit von Gericht, Polizei, Schule und Jugendamt werden die Verfahren gegen junge Straftäter beschleunigt, damit die Täter den Zusammenhang zwischen Straftat und Strafe begreifen.

Sanktionen und Strafen sind das letzte Mittel. Zunächst ist für uns der Präventivgedanke leitend. So unterstützen zum Beispiel seit 2003 unsere Jugendrechtshäuser Kinder, Jugendliche und ihre Eltern kostenlos bei Rechtsproblemen.

5. Leistungsbereitschaft und die eigenen Fähigkeiten wie Kompetenzen sind der Motor für den gesellschaftlichen Aufstieg

„Jeder ist seines Glückes Schmied“ formuliert ein altes Sprichwort und umschreibt damit die Selbstverständlichkeit, dass jeder zuerst einmal für sich selbst und die Gestaltung seines Lebens die Verantwortung trägt. Das Sozialsystem hilft denen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt sicherzustellen und ein Leben in Menschenwürde zu führen. Die Adaption des Sozialtransfers als alleinige Lebensgrundlage oder bequeme Sicherung der Grundbedürfnisse ist nicht Teil unserer Lebensphilosophie und deshalb akzeptieren wir nicht, dass es Menschen gibt, die unsere sozialen Sicherungen als Hängematte missbrauchen.

Der Abbau und das zusätzliche Fehlen der Arbeitsplätze für ungelernte und minder qualifizierte Arbeitskräfte zwingen uns zu einer enormen Anstrengung. Es gilt, junge Menschen aus bildungsfernen Familien für den beruflichen Aufstieg fit zu machen. In Neukölln weist die Freudenbergstiftung mit ihrem Modellansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – kein Kind darf verloren gehen“ den richtigen Weg. In einer pädagogischen Werkstatt konzentrieren sich die Bemühungen, alle am Bildungsweg beteiligten Institutionen zu synchronisieren. Aufeinander abgestimmte Konzepte erleichtern die Übergänge von der Kita in die Schule und von dort in die berufliche Ausbildung.

6. Bildung ist der Schlüssel zur Integration

Unter Bildung verstehen wir mehr als Deutschkenntnisse, gute Schulnoten und einen guten Schulabschluss. Bildung umfasst auch soziale Kompetenz, also die Fähigkeit, mit anderen tolerant und demokratisch umgehen zu können und andere Meinungen und Grenzen zu respektieren. Zur Bildung gehört auch die Fähigkeit, angesammeltes Wissen im Alltag und im Beruf erfolgreich umzusetzen. Das ist nur möglich, wenn auch Sekundärtugenden wie Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit erlernt werden.

Die Schule kann jedoch nur auf dem Fundament aufbauen, das die Eltern gelegt haben. In Neukölln sind dazu viele Eltern aber nicht in der Lage. Zum einen, weil sie selbst nur über wenig Bildung verfügen, kaum Deutsch können oder zu sehr mit ihren eigenen Problemen belastet sind, um auf den Werdegang ihrer Kinder zu achten. In anderen Familien scheitert es an der wirtschaftlichen Lage. Wenn eine Familie mit fünf Kindern in drei Zimmern wohnt, fehlt schlichtweg der Platz zum Lernen und Hausaufgabenmachen oder auch nur der Rückzugsraum zum Kindsein. In etlichen traditionell geprägten Einwandererfamilien ist zudem der oberste Erziehungsgrundsatz die Unterwerfung des Kindes, notfalls mit Gewalt.

Eine wichtige Säule, um soziale Kompetenz zu trainieren, ist die Musikschule Paul Hindemith. In einer der größten Musikschulen führen über 200 Lehrkräfte ca. 4.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene an die Welt der Musik heran. Beim gemeinsamen Musizieren lernen Kinder mit unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft Teamfähigkeit. Die Musikschule Paul Hindemith ist somit eine wichtige

Kulturwerkstatt der Integration. Keine musisch orientierte Familie darf Neukölln verlassen, weil ihr Kind nicht gefördert wird. Deshalb gibt es keine Wartezeiten für die Musikschule und einen hohen Finanztransfer für die Schule. Mit ihrem Projekt „Musik – Sprache – Bewegung“ soll jedes Neuköllner Kind zwischen 3 und 7 Jahren ein Jahr kostenlose Förderung durch Musik erhalten. Der Unterricht findet in Kindertagesstätten in Gruppen von 8 bis max. 12 Kindern statt und ist kostenfrei. Derzeit können etwa 150 Kinder gefördert werden, wobei die Nachfrage wesentlich höher ist.

Seit 2007 arbeiten wir an dem einzigartigen Pilotprojekt Campus Rütli – CR². Wir wollen in einem sozial schwierigen Viertel rund um die Rütlistraße die Erziehungs- und Bildungsangebote zu einer neuen Form öffentlicher Infrastruktur zusammenfassen, um so den Familien einen einfacheren Zugang zu ermöglichen. Dazu gehören eine Grundschule, eine Hauptschule und eine Realschule. Diese drei Schulen fusionieren seit Herbst 2008 zu einer Gemeinschaftsschule und bilden den Kern von Campus Rütli. Auf dem 47.000 Quadratmeter großen Gelände kommen zwei Kindergärten hinzu, ein Spielplatz, ein Jugendfreizeitheim, Kurse der Volkshochschule und der Musikschule, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes, der Sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes sowie die Berufsfindungskurse freier Träger. Ziel ist es, auf dem Campus die soziale Kompetenz des Quartiers zu bündeln und nicht wie heute durch gegliederte Institutionen zu selektieren. Jeder, der in diesem Gebiet wohnt, muss zur Erlangung öffentlicher Dienstleistungen immer wieder auf den Campus. Hierdurch muss zwangsläufig im Laufe der Jahre ein Bekanntheits- und Beziehungsgeflecht entstehen, so dass sich auch im Bewusstsein der Menschen ein Nachbarschaftsgefühl einstellt.

7. Integrationspolitik kann nie durch Projektpolitik gelingen

Integration ist ein dauerhafter Prozess, der in alle Lebenslagen eingreift. Projekte mit begrenzter Laufzeit und partiellem Wirkungsbereich wie -grad sind deshalb als Steuerungselemente nicht geeignet. Damit Integration dauerhaft gelingt, müssen sich die Regelsysteme an die sich wandelnde Lebenswirklichkeit anpassen. Unter den gesellschaftlichen Regelsystemen verstehen wir die grundlegenden Einrichtungen des Staates,

die ein regelkonformes Leben aller im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung gewährleisten. Dazu gehören Kindergärten und Schulen ebenso wie die Bezirksbehörden, etwa das Jugendamt und Sozialamt / JobCenter, aber auch Polizei und Justiz.

8. Regelsysteme müssen sich dem Bevölkerungswandel anpassen

Die frühkindliche Förderung ist insbesondere für die Kinder aus Einwandererfamilien von elementarer Bedeutung. Wir müssen ihre frühe Sprachförderung intensivieren, um die Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Da viele Eltern die Bedeutung der vorschulischen Erziehung nicht kennen und gerade bildungsferne Elternhäuser ihre Kinder nicht in die Kitas bringen, treten wir für einen verbindlichen Besuch des Kindergartens ab dem dritten Lebensjahr ein.

Die Schulen müssen nach dem Sozialstatus ihres Einzugsbereiches differenziert mit Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. Zudem hat sich die Hauptschule als Schulform überlebt, da sie sich zur „Restschule“ für problembelastete Kinder entwickelt hat und ihre Absolventen von vornherein stigmatisiert sind. Wir unterstützen die Gemeinschaftsschule / Sekundarschule als Modellform und ein zweigliedriges Schulsystem.

Im Rahmen unserer kommunalen Kompetenz versuchen wir, die Regelsysteme zumindest zu einer engeren und direkteren Zusammenarbeit zu stimulieren. Dafür haben wir das Modell „UDO“ entwickelt. Es waren die Gewaltvorfälle an Schulen, die zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Jugendamt führten. Einzelne Personen und einzelne Familien, die den sozialen Frieden extrem stören, werden benannt. Jede Institution kann auf sich allein gestellt ein solches Problem nicht lösen. Auf Vorfälle muss eine unmittelbare Reaktion erfolgen. Alle Beteiligten vor Ort müssen hierzu auf kurzem Weg miteinander reden. Sie müssen „operativ“ werden und entscheiden, was zu tun ist.

Im Versuchsstadium befindet sich die kiezorientierte „Task Force“, mit denen wir in eng definierten Sozialräumen durch ein System von aufeinander abgestimmten präventiven und intervenierenden Maßnahmen Probleme untersuchen und lösen. Hier arbeiten die unterschiedlichen, mit den Verursachern eines Konflikts befassten Behörden eng zusammen. Auf

regelmäßig einberufenen „Fallkonferenzen“ werden alle vorliegenden Erkenntnisse ausgetauscht.

In beiden Modellen, UDO und Task Force, gilt der Grundsatz, präventive Maßnahmen und das Eingreifen der Behörde direkt, wirksam und sinnvoll miteinander zu verbinden.

9. Unsere Integrationspolitik orientiert sich an den konkreten Problemen der Menschen

Für uns sind die konkreten Bedürfnisse der in Neukölln lebenden Menschen entscheidend. Integrationspolitik ist für uns pragmatische, handlungsorientierte Stadtpolitik. Strategien werden regelmäßig evaluiert. Ist eine Strategie nicht mehr erfolgreich, wird sie verändert. Teil der Aktivierung der ethnischen Gemeinschaften ist die Beratungseinrichtung „Bürger helfen Bürgern“. Türkische und arabische Vereine und Zentren bieten wochentags im Rathaus Beratung in ihrer jeweiligen Muttersprache an. 2500 Beratungsgespräche im Jahr ermöglichen Zuwanderern eine Orientierung. Ein inzwischen vielfach national und international prämiertes Beispiel für handlungsorientierte Stadtpolitik sind unsere „Stadtteilmütter“. Wir haben erkannt, dass Regelsysteme bildungsferne Einwandererfamilien nur schlecht erreichen. Deshalb qualifizieren wir arbeitslose Mütter nichtdeutscher Herkunft in Fragen der Erziehung, Bildung und Gesundheit. Anschließend besuchen sie andere Familien ihrer eigenen ethnischen Gemeinschaft und werben zum Beispiel für einen Sprachkursus oder einen frühzeitigen Kitabesuch der Kinder. Die Stadtteilmütter haben seit 2006 über 4.400 Familien erreicht.

10. Wir definieren und lösen Probleme gemeinsam

Wir haben seit 2002 den Neuköllner Migrationsbeirat eingerichtet, in dem neben Vertretern von 12 Migrantenvereinen auch Repräsentanten der großen Wohlfahrtsorganisationen, der Bereiche Schule und Polizei sowie der Politik und Verwaltung vertreten sind. Seine Mitglieder tauschen sich untereinander aus, es entstehen starke Netzwerke.

Mit der Einrichtung des inzwischen 11. Quartiersmanagements werden systematisch die Bewohner mit den lokalen Akteuren und den Institutionen verknüpft. Ca. 400 Bürger

übernehmen Verantwortung in den Beiräten und etwa 5.000 Menschen nehmen teil an den vielfältigen Initiativen, Projekten und Veranstaltungen. Wir versuchen, aus Bewohnern Nachbarn zu machen, die sich selbstbewusst engagieren und sich mit ihrem Wohnumfeld identifizieren. Die Mitarbeiterteams in den Quartiersmanagementgebieten sind ebenfalls ethnisch und kulturell gemischt und finden deshalb leicht einen Zugang zu den Anwohnern.

In 10 Jahren ist Neukölln-Nord mit seinen 150.000 Einwohnern ein Stadtteil, in dem Menschen mit Migrationshintergrund mindestens eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit stellen. Es gibt hier keine Mehrheitsgesellschaft mehr, da auch die Einwanderer sich wieder in einzelne Kulturgruppen unterteilen. Gleichwohl muss Neukölln eine Stadt im europäischen Wertekontext bleiben. Um ein demokratisches, friedliches und tolerantes Gemeinwesen auch für die Zukunft sicherzustellen, heißt unser gegenwärtiger alternativloser Auftrag: Integration. 🌐